Legislatur-Bericht.

Freitag den 3. Dez.

Einige Stunden lang debattierte das Haus über eine von dem konservativen Abgeordneten H. H. Willman (Pheasant Hills) eingebrachte Resolution betreffs der

Hudsons Bay Bahn.

Der Wortlaut der Resolution war wie folgt:

„Dies Haus drängt die Regierung Canadas sehr ernstlich, die Hudsons Bay Bahn sofort zu bauen, da es eine Sache der Notwendigkeit und größter Wichtigkeit ist. Deswegen bitten wir die Regierung, während der jetzigen Session, Vorkehrungen zu sofortigen Konstruktion der Bahn zu treffen."

Der Antragsteller sagte, daß die Abgeordneten und Minister der Provinz diese Sache nicht nur in ernstliche Erwägung ziehen, sondern alle Mittel in Bewegung setzen sollten, um der Dominion-Regierung die überaus große Wichtigkeit der Bahn für West-Canada ans Herz zu legen. Im Jahre 1906 sei eine ähnliche Resolution angenommen worden, aber es scheine ihm, wir seien heute tatsächlich noch nicht weiter wie vor drei Jahren. Zwei Wahlen — eine Dominion- und eine Provinzial-Wahl — hätten seit der Zeit stattgefunden und die Liberalen hatten beide Male aus dem Hudsons Bay Bahnprojekt politisches Kapital gemacht, indem sie versprochen hatten, daß, wenn sie im Amt blieben, die Bahn sofort begonnen werden würde. Namentlich Premierminister Scott hätte große Versprechungen in dieser Hinsicht gemacht. Er sei am Ruder geblieben, aber man sehe noch nichts von der Bahn. Sir Wilfrid Laurier hätte während der Dominion-Wahlkampagne gesagt, die Bahn wäre eine Notwendigkeit. Aber man wolle nicht Worte, sondern Taten.

Die Resolution wurde vom Abgeordneten Johnson (Kinistino) unterstützt.

J. A. Sheppard, lib. (Moose Jaw County), sagte ungefähr das Folgende. Es sei heute keine Frage mehr, ob das Hudsons Bay Bahnprojekt ein gutes oder schlechtes sei. Jedes Mitglied der ganzen Legislatur sei für den Bau. Aber der Vorredner wäre nicht den Tatsachen gerecht geworden, als er behauptet hätte, die Sache wäre heute noch nicht weiter wie vor drei Jahren. Das Unternehmen sei ein großes und in seinen Folgen weitreichendes. Darum sei es nicht zu verwundern, wenn die Regierung, die den Bau versprochen, ruhig und mit Ueberlegung vorgehe. Er aber und seine Kollegen hätten volles Vertrauen in die Regierung Canadas. Man solle doch nicht vergessen, daß diese schon etwas getan hätte, indem sie zwei große Beträge für die Vermessungsarbeiten bewilligt und ausgegeben hätte. Er glaube, daß die Regierung mit den Vorbereitungs-Arbeiten so schnell vorgehe, als es die Umstände nur erlauben. Er sehe aber nicht ein, welchen Zweck die Resolution zur gegenwärtigen Zeit habe.

F. C. Tate, konf. (Regina County), sagte, alle seien der Ueberzeugung, daß die Bahn eine absolute Notwendigkeit für den Westen sei und er könne nicht einsehen, wie jemand etwas gegen die Resolution einwenden könne. Man solle in dieser Frage Parteipolitik beiseite setzen und sich die Hände reichen. Damit würde man nicht nur Ottawa anspornen, schneller vorwärts zu gehen, sondern würde der Regierung auch die Hände stärken, wenn der Osten einsehe, daß der Westen einmütig für den sofortigen Bau der Bahn sei. Wenn die Dominion-Regierung den Bau nicht bald ernstlich vornehme, dann solle die Provinz das Projekt ohne Hilfe von außen durchführen.

Dr. Elliott, konf. (Moose Mountain), behauptete, zur Zeit der Wahl hätte man ausgerechnet, daß der Getreidetransport via Hudsons Bay Bahn nach Europa von 15 bis 20 Cents den Buschel ersparen würde. Auf 100 Millionen Buschel mache das von 15 bis 20 Millionen Dollars Ersparnis in einem Jahr. Er sei noch der Meinung, daß die Provinz die Bahn bauen könne und solle, denn der Kredit sei hinreichend, solange die Regierung die Macht habe, den Farmern direkte Steuern aufzulegen.

Dr. McNeil, lib. (Hanley), griff die Oppositionsredner an, daß sie jetzt die Dominion-Regierung so eifrig kritisierten, weil sie nicht schneller mit dem Bau der Bahn vorginge. Früher habe auch eine Regierung — und zwar eine konservative — den Bau der Bahn versprochen, aber das Versprechen nicht gehalten. Damals wären die Herren Konservativen wohl sehr ruhig gewesen, während sie jetzt den Mund recht weit aufrissen. Auch die Liberalen der Provinz wünschten den Bau der Bahn so schnell als möglich. Aber auch nicht schneller. Die Ausführung eines so großen Unternehmens benötige eben Zeit. Die Liberalen vertrauten dem Wort des Premierministers dieses Landes und das ganze Land vertraue ihm, wie es am 26. Oktober 1908 bewiesen hätte. Die Opposition wolle mit der Resolution nichts mehr und nichts weniger, als etwas politisches Kapital machen. Er wolle seine Freunde auf den Oppositionsbänken bitten, ihre Seele in Geduld zu fassen und sie könnten dessen sicher sein, daß ihr Herzenswunsch sicher in Erfüllung gehen würde.

Ein kleiner Rippenstoß gut.

Geo. Langley, der stets redelustige und oft recht unabhängig denkende liberale Abgeordnete von Redberry, sagte, es sei ganz gut, der Dominion-Regierung mal einen kleinen Rippenstoß zu geben, um sie an ihre Pflicht zu erinnern. Es sei wahr, daß starke Interessen im Osten gegen den Bau der Bahn seien. Man müsse der Regierung zeigen, daß der Westen die Bahn auf jeden Fall wünsche und wolle. Es gebe da kein Zurückgehen. Und mit dem Zaudern und Zögern müsse auch aufgehört werden. Er hätte jedenfalls für die Resolution gestimmt, wenn sie nicht in so extrem parteipolitischem Geist vorgebracht worden sei. Von Seiten der Konservativen hätte man (abgesehen vom Abgeordneten Tate) nichts weiter gehört als Tadel und Nörgelei. Die ganze Sache sei nur gemacht, um der Ottawa-Regierung ein Tadelsvotum auszudrücken. Man hätte die Resolution aber so abgefaßt, daß man die Liberalen damit fangen könnte. Er werde sich aber ebenso wenig wie seine Kollegen in einer solchen Schlinge fangen lassen.

F. W. G. Haultain, der Führer der Opposition, meinte darauf, es sei ja nicht die Absicht, die gehaltenen Reden der Resolution anzuheften und sie mit nach Ottawa zu schicken. Langleys Kritik habe sich hauptsächlich auf die Reden bezogen, die im parteipolitischen Geist gehalten seien. Die Resolution, auf die es ankomme, jedenfalls nicht. Die Idee derselben sei die, daß das ganze Haus seine einstimmige Meinung dahin ausdrücke, daß der Bau der Bahn eine absolute und sofortige Notwendigkeit sei. Er sei der Meinung, daß etwas sofort getan werden müsse, um den Bahnbau soviel als möglich zu beschleunigen. Er sei noch derselben Meinung wie früher, daß es das beste gewesen wäre, wenn die westlichen Provinzen diese Bahn gebaut hätten. Aber es komme jetzt nicht darauf an, welche die beste Methode sei. Es heiße jetzt, mit den bestehenden Verhältnissen rechnen. Diese seien, daß die liberale Regierung, die in Ottawa am Ruder sei, den Bahnbau versprochen habe. Und er glaube, sie werde ihr Versprechen halten. Es sei ersichtlich, daß der Bau verzögert worden sei. Und es heiße jetzt darum, in die Regierung dringen, ihre Versprechen so schnell als möglich zu verwirklichen. Er bitte darum die Mitglieder der Regierung und die Abgeordneten, mit ihm und seinen Kollegen Hand in Hand zu gehen, um die Bahn möglichst bald fertigzustellen und noch in dieser Parlamentssitzung die nötigen Bewilligungen zu machen. Er wolle nicht die alten Zwistigkeiten wieder behandeln. Sie sollten die Streitaxt mal begraben und wie ein Mann für die Resolution stimmen.

Scott's Antwort.

Der Premierminister schloß die Debatte und bemerkte, daß er, während er den Geist, in welchem die Resolution vorgebracht worden wäre, bedauere, er mit dem Wortlaut derselben übereinstimme. Die Resolution drückt den Wunsch und das Verlangen der Bewohner Saskatchewans und des ganzen Westens aus. Er sei besonders erfreut, daß die Resolution von der Opposition ausgegangen sei und daß Haultain in so versöhnlichem Geist gesprochen habe. Die Resolution zeige, daß das Volk der Provinz es wirklich ernst mit der Bahn meine. Es sei eine Frage, ob jetzt die rechte Zeit für eine solche Resolution sei, da niemand wohl ernstlich daran zweifle, daß die Bahn gebaut werden würde.

Er wolle nicht lange auf die Geschichte des Hudsons Bay Bahn-Projekts eingehen. Aber er müsse doch etwas darüber sagen. Wenn die Opposition behauptet habe, dies Problem hätte seit langen Jahren als politischer Fußball der Parteien gedient, so sei das wahr für die Konservativen, nicht aber betreffs der Liberalen. Im Jahre 1905 habe die Ottawa-Regierung die Versicherung gegeben, daß die Hudsons Bay Bahn ein wichtiges nationales Projekt bedeute und daß, wenn die Zeit kommen werde, die Regierung ihrer Pflicht voll gerecht werden würde. Im Jahre 1908 seien dann die ersten wirklichen Schritte zum Bau der Bahn unternommen worden, indem die Regierung 100,000 Dollars für Vermessungs-Arbeiten bewilligt habe. Was seine Stellung zu dem Projekt anbetreffe, so sei sie dieselbe wie früher. Haultain dagegen habe seine Meinung sehr geändert.

Zum Schluß sagte er, er sei für die Resolution. Auch wenn sie ein Tadelsmoment enthalten solle, so habe er keine Angst, für dieselbe zu stimmen. Er wolle aber ein Amendement hinzufügen, daß dem Lieutenant Gouverneur eine Adresse übermittelt würde, die Resolution dem Gouverneur-General in Council zu übersenden.

Darauf wurde die amendierte Resolution angenommen.

* * *

Samstag den 4. Dez.

Die Herden-Verordnung.

Der Landwirtschaftsminister W. R. Motherwell beantragte die zweite Lesung der Vorlage zur Amendierung des Herdengesetzes und führte dabei das Folgende aus. Auf gewisse Gebiete der Provinz hätten die Bestimmungen des alten Gesetzes keine Anwendung. Dieses Gebiet läge zwischen der Grenze Albertas bis ungefähr nach Swift Current, und der Vereinigten Staaten Grenze und dem 35. Township. Dieses Gebiet sei im Jahre 1897 ausgenommen worden, weil man damals der Ueberzeugung gewesen sei, das Land sei zu trocken für Getreidebau. Als Folge der landwirtschaftlichen Entwicklung der Provinz in den letzten Jahren aber sei das Gebiet nach und nach durch Heimstätter besiedelt worden, namentlich seitdem das Pre-emption-Gesetz in Kraft getreten sei. Von manchen Orten aus dem Gebiet, das immer mehr besiedelt würde, habe man das Ersuchen gestellt, die Bestimmungen des Herden-Gesetzes auf das Gebiet auszudehnen. Um den Ranchern Zeit zu geben, ihre Geschäfte in Ordnung zu bringen, hätte man bis jetzt gewartet. Jetzt aber sei die Zeit da, wo die Heimstätter das Uebergewicht hätten und man ihre Wünsche berücksichtigen müsse. **Swift Current hätte so riesige Fortschritte gemacht, daß er einer der Haupt-Getreide-Versandt-Plätze der Provinz geworden sei.** Das möge eine starke Behauptung sein. **Aber es sei dies Jahr mehr Weizen von Swift Current verschickt worden, als von irgend einem andern Ort in der Provinz.**

(Wieder ein Zeichen, was deutscher Bauernfleiß zu Wege bringen kann, denn der Swift Current Distrikt ist zum großen Teil mit Deutschen besiedelt. Die Red.)

In dem Dorf Gull Lake, östlich von Swift Current, seien kürzlich zwei Elevatoren gebaut worden. Die Leute wären so begierig, das Gesetz auf jenes Gebiet angewendet zu sehen, daß sie letzten Sommer eine dahingehende Versammlung abhielten.

Der Cypreß Hills Distrikt wäre sehr gut zu gemischter Farmwirtschaft geeignet. Die C. P. R. und C. N. R. wären begierig, Bahnlinien in jenes Gebiet hinein zu bauen und es würde nicht lange nehmen, bis das Gebiet gut besiedelt sei. Das vorgeschlagene Amendement gebe den Ansiedlern das Recht, selbst durch Abstimmung zu entscheiden, ob sie das Herdengesetz wollten oder nicht. Auch sei es nötig, die Zeit der Wirksamkeit des Herdengesetzes zu verlängern. Bisher gelte es nur vom 15. Mai bis zum 31. Okt. Man wolle diese Zeit bis zum 15. November ausdehnen. Oft könnten die Ansiedler ihr Getreide erst sehr spät dreschen. Auch wollten manche mit dem Säen von Winterweizen einen Anfang machen. Es sei nicht zu viel verlangt, solche vor herumlaufendem Vieh zu schützen.

Der Abgeordnete von Maple Creek, Herr Wylie (konf.), meinte, man solle das Herdengesetz nicht auf das ganze Gebiet ausdehnen, denn mindestens zwei Drittel des Landes werde für alle Zeit für Getreidebau ungeeignet sein. Auch sprachen sich einige Abgeordnete dahin aus, daß die Zeitverlängerung bis zum 15. Nov. nicht durch die bestehenden Verhältnisse berechtigt sei. Die Vorlage wurde dann im Komite weiter beraten.

Eine Anzahl minder wichtiger Vorlagen wurden von den verschiedenen Komiteen beraten.

* * *

Montag den 6. Dez.

Die Arbeiten der Legislatur machen eifrigen Fortschritt, besonders seit neben den Nachmittags- auch Abendsitzungen gehalten werden.

Sonntags-Arbeit.

F. C. Tate, Regina County (konf.), fragte zu Anfang der Sitzung, ob es wahr sei, daß am letzten Sonntag die Arbeiter am neuen Parlament gearbeitet hätten und was die Regierung zu tun gedenke.

General-Anwalt Turgeon sagte, man hätte ihn im Laufe der Woche darauf aufmerksam gemacht, daß die Kontraktoren ihre Leute hätten verschiedentlich am Sonntag arbeiten lassen. Eine Delegation der Lords Day Alliance hätte der Regierung ihre Aufwartung gemacht und er hätte der Abordnung die Versicherung gegeben, daß, wenn sich dies gestern (Sonntag) wiederholen sollte, er gerichtliche Schritte gegen die Kontraktoren unternehmen werde. Am Sonntag Abend habe eine Deputation ihm die Mitteilung gemacht, daß man auch am letzten Sonntag gearbeitet hätte. Er hätte geantwortet, daß er auf ihre Applikation hin auf dem Klagewege vorgehen werde. Die Leute der Lords Day Alliance hätten die Sache unter Beratung und er erwarte, in einigen Tagen ihre Entscheidung zu bekommen.

Verschiedene Bills passierten die dritte Lesung und sind damit angenommen worden.

J. F. Bole (Regina City) beantragte die zweite Lesung der Bill zur Inkorporation der Saskatchewan Midland Railway Co. Auf eine Anfrage Haultains antwortete Bole, daß die Petition von W. M. Martin, M. P., und anderen Herren vorgelegt worden sei und daß es die Absicht der Interessierten sei, die Bahn mit der C. N. R. zu amalgamieren.

Premier Scott legte dann die Landvermesser Bill zur zweiten Lesung vor und erklärte die einzelnen Bestimmungen. Der Zweck der Vorlage ist, Landvermesser zu ermutigen, sich hier in der Provinz niederzulassen.

Darauf trat das Haus in Komite-Beratungen über die Vorlagen zur Amendierung der Städte-Verordnungen ein. Auch die Gesundheits-Vorlage wurde im Komite beraten.

Auch in der Abendsitzung wurde das Gesetz betreffs öffentlicher Gesundheit weiter beraten.

Bei Beratung über das Gesetz betreffs Fabriken fragte Haultain, ob nicht der Achtstundentag darin vorgesehen sei.

Der General-Anwalt antwortete, daß er in keinem Fabrik-Gesetz eine derartige Bestimmung gefunden habe, wenigstens nicht betreffs der Arbeitsstunden für Männer. Betreffs Frauen finde man einige solcher Bestimmungen. In Manitoba habe das Gesetz von 1904 z. B. 10 Stunden vorgesehen, später sogar 12½. British Columbia hätte einen 9stündigen Tag angenommen, Nav Brunswick 10 Stunden, Quebec 10, Nova Scotia 8 und Ontario 10 Stunden. In der Vorlage hätten sie 10 Stunden vorgesehen. Da die Sache aber von Wichtigkeit sei, sei er bereit, die Meinung der verschiedenen Abgeordneten zu hören.

Langley meinte, man solle 8 Stunden festsetzen, denn da der Grundstein zur Provinz gelegt würde, sollte man nur mit dem allerbesten zufrieden sein.

Haultain sagte, Knaben unter 16 Jahren sollten auf keinen Fall länger arbeiten müssen als 8 Stunden. Er sei überhaupt für den Achtstundentag.

Premier Scott meinte, die Tendenz sei allenthalben dieselbe, nämlich die Arbeitszeit zu verkürzen. Was Mädchen und Frauen anbetreffe, so wäre es gewiß angebracht, den Achtstundentag festzusetzen. Ein dahingehender Antrag wurde einstimmig angenommen.

Das Haus trat dann in Komite-Beratungen betreffs Ergänzungs-Voranschläge ein und füllte die letzten Abendstunden damit aus.

* * *

Dienstag den 7. Dez.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Langley, ob es die Absicht der C. N. R. Gesellschaft sei, mit dem Bau der Bahn Prince Albert—Battleford fortzufahren, antwortete Premier W. Scott, daß die Behörden der Bahn sich dahin erklärt hätten, nächstes Jahr weitere 40 bis 50 Meilen dieser Linie zu bauen.

Schul-Bewilligungen.

Fast die ganze Nachmittag- und Abendsitzung wurde mit der Diskussion über einen Antrag J. A. Calder, des Erziehungsministers, ausgefüllt. Der Antrag bezweckt eine Herabsetzung der Schulbewilligungen. Diese Bewilligungen sind nach dem alten Schulgesetz wie folgt:

1. Ländliche Distrikte.

a) An jeden Distrikt, der 6400 Acker oder weniger steuerbares Land umfaßt (gemäß der letzten revidierten Steuereinschätzungsliste des Distrikts) $1.20 für jeden Tag, an dem Schule gehalten wird; an jeden Distrikt, der weniger als 6400 Acker umfaßt, einen Cent mehr pro Tag für jedes Stück von 160 Acker oder Bruchteil desselben, den der Distrikt weniger als 6400 Acker enthält, und an jeden Distrikt, der mehr als 6400 Acker enthält, 1 Cent weniger per Tag für jedes Stück Land von 160 Acker oder Bruchteil desselben, den der Distrikt mehr enthält.

b) An jeden Schuldistrikt, in dessen Schule mehr als 160 Tage im Jahr unterrichtet wird, 40 Cents pro Tag für jeden weiteren Unterrichtstag bis zu 50 Tagen.

c) An jeden Distrikt, der einen Lehrer mit dem 1. Klasse Certifikat gemäß den Regulationen des Departements angestellt hat, 10 Cents pro Tag für jeden Schultag, an dem der Lehrer tatsächlich in der Schule unterrichtet.

d) An jeden Distrikt, der einen gewissen Prozentsatz des Schulbesuchs aufweisen kann, wie in dem folgenden Plan angegeben ist, die Summe, die dem Prozentsatz gegenüber angegeben ist, für jeden tatsächlichen Schultag.

Prozentsatz von 40—50 inklusive 5 Cents.

Prozentsatz von 51—60 inklusive 10 Cents.

Prozentsatz von 61—70 inklusive 15 Cents.

Prozentsatz von 71—80 inklusive 20 Cents.

Prozentsatz von 81—100 inklusive 25 Cents.

2. Dorf- und Stadt-Distrikte.

a) An jeden Distrikt die Summe von 90 Cents für jeden tatsächlichen Unterrichtstag.

b) An jeden Distrikt, der einen Lehrer mit einem 1. Klasse Certifikat gemäß den Regulationen des Departements angestellt hat, 10 Cents pro Tag, an dem der Lehrer tatsächlich in der Schule unterrichtet.

c) An jeden Distrikt, der einen gewissen Prozentsatz des Schulbesuchs aufweisen kann, wie in folgendem Plan angegeben ist, die Summe, die dem Prozentsatz gegenüber steht, für jeden Schultag:

Prozentsatz von 50—60 inklusive 5 Cents.

Prozentsatz von 61—70 inklusive 10 Cents.

Prozentsatz von 71—80 inklusive 15 Cents.

Prozentsatz von 81—90 inklusive 20 Cents.

Prozentsatz von 91—100 inklusive 25 Cents.

Nach der neuen Skala sollen die Bewilligungen wie folgt sein:

1. An ländliche Schulen:

a) Die Summe von 75 Cents für jeden Tag im Jahr, an welchem Schule gehalten wird.

b) Eine weitere Summe von 25 Cents pro Tag über eine Gesamtzahl der Schultage von 160 im Jahr.

c) Eine weitere Summe von 10 Cents den Tag für jeden Schultag, an dem ein Lehrer mit einem Certifikat 1. Klasse unterrichtet.

d) Weitere 40 Cents für jeden Schultag im ersten Jahr der Eröffnung der Schule. 30 Cents während des zweiten, 20 Cents während des dritten und 10 Cents pro Tag während des vierten Jahres.

e) Eine weitere Summe von 20 Cents für jeden Schultag, wenn der Distrikt 7000 Acker oder weniger umfaßt, 15 Cents für jeden Schultag, wenn der Distrikt zwischen 7000 und 8000 Acker groß ist; 10 Cents für jeden Tag, wenn der Distrikt zwischen 8000 und 9000 Acker groß ist; 5 Cts. für jeden Schultag, wenn der Distrikt zwischen 9000 und 10,000 Acker groß ist. Diese Summen werden nur für 1910 und 1911 bezahlt. Danach soll jedem Distrikt, der 8000 Acker und darunter groß ist, 10 Cts pro Schultag gezahlt werden.

2. An Stadt-Distrikte:

a) Die Summe von 75 Cents für jeden Schultag im Jahr.

b) Eine weitere Summe von 30 Cents für jeden Schultag im ersten Jahr und 15 Cents für jeden Tag, an dem ein Lehrer mit einem Zeugnis 1. Klasse unterrichtet.

c) Eine Summe von 10 Cents pro Schultag im zweiten Jahr.

d) Eine Summe von 25 Cents für jeden Schultag, wenn die Schule eine höhere Klasse als Grad 7 hat und mindestens 15 Schüler diese Klasse besuchen und zwar ohne extra Schulgelder zahlen zu müssen.

Minister Calder führte aus, daß die Regierung sich entschlossen habe, eine Herabsetzung der Bewilligungen durchzuführen, daß die Vorschläge aber eine eventuelle Abänderung erfahren könnten. Die Regierung sei verpflichtet, dem Hause die Gründe für die Herabsetzung anzugeben. Das alte System sei sehr verworren und es sei schwer, ganz genau nach den Bestimmungen der Verordnung die Zulagen zu berechnen. Das habe sowohl auf ländliche wie städtische Schulen Bezug. Man wolle die Bestimmung etwas vereinfachen.

Das alte Gesetz hätte die Tendenz gehabt, die Bewohner der Provinz zu ermutigen, möglichst kleine Schuldistrikte zu bilden. Je kleiner die Distrikte, desto größer die Zuschüsse. Er glaube, das sei nicht ganz gerecht. Und man müsse das Bilden ganz kleiner Distrikte eher zu verhindern als zu fördern suchen. Bei dem alten System sei viel Zeit verloren gegangen mit den verzwickten Berechnungen und es hätte oft ein halbes Jahr genommen, bis die Bewilligungssumme ausgerechnet und ausgezahlt worden sei. Hier wolle man Wandel schaffen.

Was die Zuschüsse nach dem Prozentsatz des Schulbesuchs anbetreffe, so wolle man damit aufräumen. Er müsse zugeben, daß diese Bestimmung ihren guten Zweck gehabt habe. Man hätte den Schulbesuch dadurch ermutigen wollen. Aber man habe damit so gut wie nichts erreicht. Er habe statistische Belege dafür, daß der Besuch heute verhältnismäßig nicht größer sei wie vor 6 bis 7 Jahren, als diese Bestimmung angenommen wurde. Deswegen hätte die Regierung sich entschlossen, diese Zuschüsse fallen zu lassen. Die neuen Bestimmungen für Stadtschulen seien ungefähr dieselben wie für Landschulen.

Was den Durchschnittszuschuß für ländliche Schuldistrikte anbetreffe, sei er für das letzte Jahr alles in allem ungefähr $1.28 per Tag. Nach ungefähren Berechnungen würden unter dem neuen Plan von 90 Cents bis $1.00 per Tag bezahlt werden. Eine Herabsetzung von sage 25 Prozent.

Es sei so gut wie unmöglich, die jetzigen Bewilligungen weiter zu zahlen. Man brauche nur an die große Zunahme der Schuldistrikte in den letzten Jahren zu denken. Im Jahre 1905, als die Provinz gebildet wurde, waren 727 Schuldistrikte vorhanden. Jetzt belaufe sich die Gesamtzahl auf 1621. Alle Anzeichen sprächen dafür, daß die nächsten 4 bis 5 Jahre abermals eine Verdoppelung sehen würden. Die Herabsetzungen würden nicht mehr als ½ Cents mehr Schulsteuern im Durchschnitt bedeuten.

Haultain's Ansichten.

Er glaube nicht, sagte der Oppositionsführer, daß diese Entwicklung den Bewohnern der Provinz sehr angenehm sein werde. Letztes Jahr habe die Regierung einen Haufen Steuern dem Volke durch Dezentralisierung der Verwaltung (Ländl. Munizipalitäten) aufgeladen. Jetzt lade man wieder einen Haufen Steuern auf die Schulsteuerzahler. Er glaube nicht, daß für eine lange Reihe von Jahren die Notwendigkeit vorhanden gewesen wäre, dem Volke noch mehr Schulsteuern aufzuladen. Man habe vor nicht langer Zeit direkte Besteuerung eingeführt. Im folgenden Jahr waren zwei Wahlen, die viel Geld kosteten und die Regierung sei gezwungen gewesen, viel weniger Gelder für öffentliche Arbeiten zu verwenden, als früher. Die frühere Höhe würde wohl nie wieder erreicht werden. Dies Jahr sollten die Schul-Zuschüsse um 25 bis 30 Prozent herabgesetzt werden. Das sei die Folge der Finanz-Wirtschaft der Herren auf den Regierungsbänken. Man hätte früher gesagt, die Zuschüsse von Ottawa würden hinreichend sein, die vergrößerten Ausgaben zu decken. Die Herren, die früher ein sehr bescheidenes Einkommen gehabt hätten, hätten plötzlich hohe Gehälter und hohe Verpflichtungen bekommen und hätten es nicht verstanden, sich den neuen Verhältnissen im Interesse des Volks anzupassen. Die Einnahmen seien jetzt nicht mehr hinreichend, die gewöhnlichen Ausgaben zu decken. Deswegen müßten sie diese besonderen Ausgaben herabsetzen, was durchaus zu verurteilen sei. Solche Herabsetzungen hätten erst zu allerletzt kommen sollen. Er meine damit die Ausgaben für die beiden allernotwendigsten Dinge: Oeffentliche Arbeiten und Schulbildung. Aber unter dem von den Regierungsherren angenommenen System sei es notwendig, solche Herabsetzungen zu machen, da sie nicht genug Geld hätten. Die Folge sei selbstverständlich eine Herabsetzung der Regierungszuschüsse und eine Erhöhung der Steuern für das Volk.

Eine Anzahl Abgeordnete sprachen sich dann noch für und wider diese Schulbeschränkungs-Herabsetzungen aus. Dr. Elliott stellte den Antrag, daß die Legislatur eine Herabsetzung nicht befürworte. Dieser Antrag wurde mit 26 gegen 14 Stimmen verworfen. Alle Konservativen stimmten dafür, alle Liberalen dagegen.

Darauf wurden die einzelnen Bestimmungen der Vorlage im Komite benatten.

Die Abendsitzung wurde mit Komite-Beratungen über die Herdengesetz- und die Fabrikgesetz-Vorlagen ausgefüllt.

* * *

Mittwoch den 8. Dez.

Das Haus brachte fast den ganzen Nachmittag und Abend mit Komitee-Beratungen zu. Eine Anzahl Vorlagen erhielten ihre letzte Lesung.

Minister J. A. Calder kündigte an, daß er am Freitag Resolutionen vorbringen werde betreffs Garantierung von Zweiglinien der Grand Trunk und der Canadian Northern Bahnen. Desgleichen meldete er eine Vorlage zur Abänderung des Ergänzungs-Einkommen-Gesetzes an.

General-Anwalt Turgeon meldete eine Bill an zur Abänderung des Schankgesetzes.

S. S. Simpson, Abgeordneter von Battleford, fragte an, welche Schritte die Regierung unternommen habe, den Bau der Battleford—Biggar Zweiglinie der Grand Trunk Bahn sicher zu stellen.

Minister Calder antwortete, daß die Regierung ein Uebereinkommen mit der Grand Trunk Gesellschaft und Grand Trunk Zweigbahnen-Gesellschaft eingegangen sei betreffs des Baus und Betriebs dieser Linie. Die Bonds seien garantiert und verkauft und das Geld sei vorhanden. Die Regierung hätte einen Druck auf die Bahngesellschaften ausgeübt, mit dieser Linie so schnell wie möglich zu beginnen. Ihm sei mitgeteilt worden, daß die Vermessungsarbeiten beendet seien und daß in der nächsten Session mit den Konstruktionsarbeiten werde begonnen werden.

Simpson fragte weiter an, ob die Ansiedler im Cut Knife Distrikt Aussicht hätten, bald Bahnverbindung zu bekommen, worauf Calder antwortete, daß er nicht sagen könnte, daß diese Ansiedlung schon in naher Zukunft Bahnverbindung bekommen würde. Es sei aber begründete Aussicht vorhanden, daß eine der drei Bahngesellschaften, die nach der Gegend bauen wollten, eine Linie durch den Distrikt in naher Zukunft bauen würden.

Bei Beratung der Vorlage betreffs Entwässerung in kleinem Maßstabe wurde in der Vorlage die Bestimmung aufgenommen, daß, wenn ein Landeigentümer durch die Anlegung eines Grabens auf seinem Lande geschädigt wird, er zu Schadenersatz berechtigt sein soll.

J. K. Johnson, lib. (Pelly), fragte an, ob weitere Schritte gegen die Kontraktoren unternommen worden seien, die ihre Leute am Sonntag auf dem neuen Parlamentsgebäude hätten arbeiten lassen.

General-Anwalt Turgeon antwortete, daß die Polizei die Sache untersucht habe und daß er infolge dessen Auftrag gegeben habe, gerichtlich gegen die Kontraktoren vorzugehen, die an zwei Sonntagen arbeiten ließen.

Geo. Langley fragte, wer die gerichtliche Verfolgung in Händen habe, worauf der General-Anwalt antwortete, daß die Berittene Polizei die Anzeige gemacht habe, worauf er (General-Anwalt) Herrn McDonald von seinem Departement mit der gerichtlichen Verfolgung beauftragt habe.

Die Voranschläge.

Minister Calder legte als Provinzial-Schatzmeister die Voranschläge für das neue Jahr auf den Tisch des Hauses nieder. Diese sind wie folgt:

Vorveranschlagte Einnahmen.

Subsidien von seiten der Dominion-Regierung:	
Legislatur u. Regierung	$180,000
Bevölkerung pro Kopf 80c	269,600
Für Schulden	405,375
Entschädigung für öffentl. Ländereien	375,000
Für Gebäude (letzte Zahl'g.)	46,875
Summe	$1,276,850
Schullandfonds	$83,500
Von Alberta zu bekommen	500
Ergänzungs-Eink. Fonds	300,000
Zinsen	25,000
Schanklizensen	98,900
Strafgelder etc	17,000
Gerichtsgebühren	92,000
Sheriffs-Gebühren	8,500
Land Titles Office Geb.	216,000
Andere Gebühren u. s. w.	10,000
Gebühren von Gesellschaften	23,500
Lizenzen u. andere Gebühren	10,400
Korporations-Steuern	49,100
Eisenbahn-Steuern	62,000
Dampfkessel-Inspektion	19,000
Einkommen von Gefängnissen	6,000
Gebühren	5,000
Zurückzahlung v. Vorschüssen Geldern für Butter, Eier und Geflügel	123,300
Gebühren	11,700
Gebühren für Privat-Bills	1,500
Amtliche Publikationen	3,250
Examinations-Gebühren	8,000
Einlösungs-Gebühren für Ländereien	19,500
Gesamtsumme der Einnahmen	$2,754,600

Vorveranschlagte Ausgaben.

Oeffentl. Schuld	$131,200
Civil-Regierung:	
Lieutnant Governors Office	1,422
Exekutiv Council	42,860
Dept. des Generalanwalts	24,840
Dept. des Prov.-Sekretärs	4,060
Schatzamts-Department	30,500
Dept. f. öffentl. Arbeiten	47,000
Landwirtschaftl. Dept.	23,250
Erziehungs-Department	21,830
Eisenbahn u. Teleph. Dept.	1,880
Munizipal-Dept.	39,410
Gesetzgebung	55,485
Justiz-Verwaltung:	
Supreme Gerichte	49,600
Polizei Gerichte	2,000
Kriminal-Untersuchungen	34,600
Gefängnisse	24,920
Polizei, Inhaftierte, Irrsinnige	193,500
Land Titles	108,630
Schankgesetz	24,250
Verschiedenes	20,000
Oeffentliche Arbeiten:	
Oeffentl. Gebäude	83,537
Verbesserungen	465,000
Verschiedenes	28,200
Erziehungswesen	743,600
Landwirtsch. u. Statistik:	
Beihilfe an die Landwirtschaft	66,070
Milch- und Geflügel-Industrie	132,200
Statistische Arbeiten	15,600
Bakteriolog. Laboratorium	6,280
Verschiedenes	12,200
Bureau für öffentliche Gesundheit	73,500
Telephone	120,000
Verschiedenes	115,000
Gesamtsumme	$2,742,455

Dazu kommen Kapital-Auslagen für Konstruktions-Arbeiten, öffentliche Verbesserungen, Telephonwesen usw. im Betrage von $2,262,253, sodaß die Gesamt-Ausgaben sich auf $5,004,708 belaufen.

* * *

Donnerstag den 9. Dez.

Das Nordland.

Eine Resolution, die eine Untersuchung betreffs des Wertes des im Norden der Provinz liegenden Landes wurde auf den Grund hin zurückgezogen, daß eine solche Arbeit Sache der Dominion-Regierung sei, die die öffentlichen Ländereien verwaltet und in Besitz hat.

Die Resolution wurde von J. S. Donaldson, (Prince Albert County) konf., vorgebracht. Er führte aus, daß die Provinz ein ungeheuer reiches Land im Norden besitze. Nur sehr wenige in der Provinz hätten eine Ahnung von dem Reichtum des Landes nördlich vom 53. Breitengrad. Es giebt dort prächtiges Farmland, großartige Wälder und riesigen Mineralreichtum. Mit der Entwicklung der Hilfsquellen dort oben würden Tausende sich dort ansiedeln und es würden dort größere Städte entstehen wie im Süden. Nach einem Bericht eines Regierungs-Ingenieurs gebe es zwischen dem 53. und 57. Breitengrad 22,000,000 Acker Land, 3 Millionen Acker Wasser, 5 Millionen Acker besten Farmlands und 12 Millionen Acker Marsch und Morast, die urbar gemacht werden könnten. Man könne dort oben ebenso gut Getreide bauen wie 300 Meilen weiter südlich, denn die Tage seien dort viel länger, darum hätte das Land dort mehr Sonnenschein. Das Klima sei ebenso gut wie im Süden Saskatchewans. Der Frost stelle sich nicht eher ein wie hier und der Winter beginne nicht vor Anfang oder Mitte November. Der Regenfall sei hinreichend und ziemlich gleichmäßig. Viele Teile des Landes seien geradezu ideal für Rancherei. Viel Holz sei durch Feuer zerstört, aber es sei noch genug für die Bedürfnisse der Ansiedler vorhanden. Ungefähr 200 Meilen von Prince Albert befinde sich ein Waldgürtel, der wohl kaum in Canada an Reichtum übertroffen werden könne. Die Seen seien reich an Fischen. Es gebe dort ungeheuren Mineralreichtum. Kupfer und Graphit sei in ziemlichen Quantitäten gefunden worden, und Gold sei auch vorhanden. Wenn das Land nur Bahnen hätte, würde es sich riesig schnell entwickeln und es würden nicht so viel Leute nach dem Peace River Distrikt (Nord-Alberta) zu gehen brauchen.

Premierminister Scott wies darauf hin, daß es die Pflicht der Dominion-Regierung sei, diese Untersuchungen vornehmen zu lassen. Es sei auch bereits eine Expedition von der Regierung ausgeschickt worden, die werkvolles Material